

Gegner fühlen sich bestätigt

Jede Menge Einwände zur geplanten Umgehungsstraße

Olching ■ Die Gegner einer Südwestumfahrung von Olching sehen sich in ihrer Haltung, den Bau der Straße durch die noch weitgehend unberührte Landschaft zwischen Olching, Emmering und Eichenau zu verhindern, nach dem mehrtägigen Anhörungsverfahren, erneut bestätigt. Die mehrtägige Anhörung habe deutlich gemacht, so der Olchinger Gemeinderat und entschiedene Gegner des Baus der Umgehungsstraße, Ewald Zachmann (Freie Wähler), dass „auch die immer wiederkehrenden Behauptungen der Befürworter“ eindeutig widerlegt werden könnten.

Fünf Tage lang haben viele Olchinger in der vergangenen Woche von der Möglichkeit, der Bezirksregierung ihre Bedenken gegen die Südwestumgehung, die seit mehr als 20 Jahren auf der politischen Agenda der Gemeinde steht, regen Gebrauch gemacht. Schon zum Auftakt der Anhörung hatten sich rund 170 Unterstützer der Bürgerinitiative Ortsentwicklung Olching (BIOO) mit Protestplakaten vor dem Olchinger KOM versammelt, um gegen den Bau der heftig umstrittenen Trasse zu demonstrieren. Weit mehr als 100 Bürger kamen alleine am Donnerstag ins KOM, um ihre Bedenken vorzutragen. Die Anhörung konnte deshalb nicht wie geplant abgeschlossen werden, sondern wurde am Freitag fortgesetzt. Dabei äußerten die Straßengegner massive Zweifel an der Analyse des Verkehrsgutachters Harald Kurzak, die der gesamten Planung für das Projekt zugrunde liegt.

Viele Olchinger befürchten, dass die Umgehungsstraße überhaupt keine Entlastung für den Ortskern und vor allem für die stark vom Verkehr belastete Hauptstraße bringen wird. Im Bereich des Kreisverkehrs am Nöscherplatz werden die Anwohner nach Ansicht der Trassengegner auch mit einer Südwestumfahrung mit mehr als 21 000 Fahrzeugbewegungen pro Tag leben müssen.

Beträchtliche Zweifel wurden auch an der Höhe der Kostennutzenbewertung für die Südwestumgehung laut, die 1998 zur Aufnahme in die erste Dringlichkeitsstufe geführt hatte. Bei Verwendung der richtigen Zahlen, so ein Mitglied der Bürgerinitiative, hätte die Aufnahme in die erste Stufe nie und nimmer erfolgen können. Ob die umstrittene Umgehungsstraße gebaut wird oder nicht gebaut wird, oder ob die Pläne überarbeitet werden müssen, entscheidet die Bezirksregierung in den kommenden Monaten. *llg*